

# Lateinamerika links-mittig

Von Dieter Boris

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat in Lateinamerika ein neuer politischer Pulsschlag eingesetzt; viele Beobachter sprechen bereits von einem „Linkstrend“. Zwar haben in den zwölf Präsidentschaftswahlen, die seit Ende 2005 stattfanden, keineswegs nur Links- oder Mitte-links-Kandidaten gesiegt, insgesamt hat sich das politische Spektrum jedoch deutlich nach links verschoben. Diese „Linkswende“ wird insbesondere durch die Ende vergangenen Jahres erfolgte Wiederwahl der Präsidenten Lula (Brasilien) und Chávez (Venezuela) dokumentiert. Sie zeigt sich jedoch selbst dort, wo – wie in Mexiko und Costa Rica – die konservativen, für neoliberale Kontinuität stehenden Kandidaten die Wahlen nur mit einem hauchdünnen Vorsprung für sich entscheiden konnten.

Die neuen Mitte-links-Regierungen unterscheiden sich – teilweise deutlich – nach Herkunft, Profil und politischer Orientierung, wie ein Vergleich beispielsweise zwischen Chile und Venezuela oder auch zwischen Brasilien und Argentinien veranschaulicht.<sup>1</sup> Dennoch weisen sie auch Gemeinsamkeiten auf, insbesondere ihre Distanz gegenüber dem ungebremsen und staatlich kaum gezügelt Neoliberalismus ihrer jeweiligen Vorgängerregierungen. Mit dieser Haltung korrespondiert auch eine Wiederaufwertung der Rolle des Staates.

Andererseits beinhaltet dieser Kurswechsel in den meisten Ländern keine Politik der Verstaatlichung (Venezuela und Bolivien sind hier die wichtigsten Ausnahmen); stattdessen wird die staatliche Regulierung privater Unternehmen ausgebaut. Dementsprechend ist die Wirtschaftspolitik von links-keynesianischen Ansätzen dominiert, die eine aktive Geld-, Kredit- und Währungspolitik verfolgen, welche unter den vorangegangenen Regimes aufgrund der Bindung der eigenen Währung an den US-Dollar nicht möglich war. Diese Wirtschaftspolitik basiert auf einer Politik der Nachfragesteigerung, die nicht selten mit einer breiten Sozial- bzw. Armutsbekämpfungspolitik kombiniert wird.

Die links-keynesianische Wirtschaftspolitik korrespondiert mit einer auf nationale Souveränität pochenden Außenpolitik, die im Außenwirtschaftsbereich auch vor einschneidenden Maßnahmen gegenüber ausländischen Gläubigern und Direktinvestoren nicht zurückschreckt. Die Regierungen streben

<sup>1</sup> Zu den ideologisch-politischen Unterschieden der Regierungen im gegenwärtigen Lateinamerika („Zwischen *Monroísmo* und *Bolivarismo*“) vgl. Gerhard Drekonja-Kornat, Das Ende Lateinamerikas, in: „Blätter“ 11/2006, S. 1373-1379.

neue regionale Bündnisse und/oder Integrationsprojekte an bzw. versuchen, die bereits bestehenden Integrationsmodelle mit neuen Inhalten zu füllen.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Mitte-links-Regierungen besteht darin, dass sie alternativen Wirtschaftsjahren (solidarischen Ökonomie-Sektoren, besetzten Betrieben etc.) einen gewissen Spielraum einräumen. Schließlich haben die meisten neuen Regierungen ein besonderes und teilweise enges Verhältnis zu sozialen Bewegungen, die sie nicht selten aktiv und maßgeblich unterstützen.<sup>2</sup> Folglich sind auch neue Experimente von partizipativer Demokratie und/oder die Einberufung verfassunggebender Versammlungen zu beobachten.

### **Von der „Krise der Repräsentation“ zur Entstehung der Mitte-links-Regierungen**

Die „Wende“ hin zu neuen Mitte-links-Regierungen kam vor allem aufgrund enttäuschter Hoffnungen zustande, nämlich der wachsenden Unzufriedenheit mit dem Verlauf des Demokratisierungsprozesses und der tiefen Frustration über die Ergebnisse der neoliberalen Wirtschaftsreformen. So blieb ein wirklicher demokratischer Aufbruch in den meisten Ländern aus. Die traditionellen Parteien verloren zunehmend den Kontakt zur sozialen Basis, und die politischen Repräsentanten nahmen immer weniger Rücksicht auf die Wünsche großer Bevölkerungsteile. Trotzdem adelte die Presse die Vorhaben klientelistischer, korrupter Politiker, die vorrangig die Agenda interner und externer neoliberaler Eliten umzusetzen trachteten, mit dem Terminus „governabilidad“ (Regierungsfähigkeit) – während sich wachsende Bevölkerungsteile nicht (oder nicht mehr) angemessen repräsentiert fühlten. Diese Entfremdung verstärkte sich noch dadurch, dass der Regierungsapparat in den meisten Ländern ineffizient, bürgerfern oder sogar bürgerfeindlich, teilweise gar auf kriminelle Weise, funktionierte. Nicht-Partizipation und wachsende persönliche Unsicherheit waren die zentralen Elemente dieser „Krise der Repräsentation“.<sup>3</sup>

Nicht minder desaströs waren die Ergebnisse der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Vor allem der Anstieg der Arbeitslosigkeit während der 90er Jahre, die Ausweitung prekärer und informeller Arbeitsverhältnisse sowie die in vielen Ländern große und teilweise (wie in Argentinien und Uruguay) sogar ansteigende Armut ließen die Illusionen über „Wunderwirkungen“ eines neoliberalen, exportorientierten Modells zerplatzen.<sup>4</sup> Hinzu kamen die Mitte der 90er Jahre zum Teil sogar negativen Wachstumsraten und die sich häu-

2 Vgl. exemplarisch Dieter Boris, Piqueteros und Betriebsbesetzer. Soziale Bewegungen in Argentinien, in: „Blätter“ 4/2005, S. 474-482; ders. und Anne Tittor, Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen, Hamburg 2006.

3 Vgl. Scott Mainwaring, The crisis of representation in the Andes, in: „Journal of Democracy“, 3/2006, S. 13 ff.

4 Vgl. Dieter Boris, Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts, Hamburg 2001; Hartmut Sangmeister, Lateinamerikas Volkswirtschaften im Prozess der Globalisierung. Chancen, Risiken und Nebenwirkungen, in: Manfred Mols und Rainer Oehlschlager (Hg.), Lateinamerika in der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2003, S. 61-80.

fenden Finanzkrisen auf dem Subkontinent (Mexiko 1994/95; Brasilien 1999; Argentinien 2001). Abgesehen vom Sonderfall Chile konnte daher in keinem Land Lateinamerikas eine stabile neoliberale Hegemonie im Sinne einer breiten Akzeptanz der neoliberalen Politik begründet werden. Auf diese Weise konnte „die Linke“ den wachsenden anti-neoliberalen Protest für sich nutzen und auch in Wahlkämpfen bedeutende Zugewinne erzielen, obwohl sie selbst über kein ausgearbeitetes Alternativprogramm verfügte.<sup>5</sup>

Zum Aufschwung der Linken seit den 90er Jahren trugen zudem noch weitere Faktoren bei. So wurde die in neoliberalen Konzepten vorgesehene Aufwertung kommunaler Institutionen und demokratischer Prozesse geradezu zum Einfallstor für die Reorganisation linker Parteien und sozialer Bewegungen. Die Mobilisierungsmöglichkeiten, Zugangschancen zu Ämtern und lokale Kompetenz vieler linker Politiker führten dazu, dass Linkskandidaten Bürgermeisterämter erobern konnten – auch in Groß- und sogar Hauptstädten. Die seit den 90er Jahren von linken politischen Repräsentanten geführten Verwaltungen von Mexiko-Stadt, São Paulo, Caracas, Montevideo oder Porto Alegre ermöglichten – nicht zuletzt durch ihre neuen, partizipatorischen Formen der Politik (beispielsweise der berühmte Bürgerhaushalt in Porto Alegre) – die Konsolidierung linker Parteipolitik. Die Übernahme von Ämtern auf regionaler und Provinz-Ebene kann somit als Vorstufe und Lernprozess für die späteren Wahlsiege der Linken auf nationaler Ebene gedeutet werden.<sup>6</sup>

Die Tatsache schließlich, dass sich die Linke während des Redemokratisierungsprozesses in taktischen und strategischen Aspekten gewandelt hatte (im Sinne einer grundlegenden Moderierung bzw. „Sozialdemokratisierung“ linker Parteien),<sup>7</sup> wirkte sich ebenfalls positiv auf ihre Wählbarkeit aus. Dies gilt paradoxerweise auch für linke Parteien, die durch politische Pakte im Übergangsprozess zunächst mit verringerten Handlungsspielräumen konfrontiert waren. Insbesondere jedoch wären die Revitalisierungsprozesse der Linken ohne breite soziale Mobilisierung – die teilweise auf frühere Organisationen und Strukturen der städtischen Arbeiterbewegung und/oder von Stadtteilbewegungen zurückgreifen konnte – kaum möglich gewesen. Bloße wirtschaftliche Misserfolge der herrschenden Regimes und die große soziale Ungleichheit in Lateinamerika allein hätten kaum für einen substanziellen Terraingewinn der Linken ausgereicht.<sup>8</sup>

## Abstieg und Verarmung der Mittelschichten

Ein wesentlicher Faktor für das Zustandekommen der Mitte-links-Regierungen waren darüber hinaus die sozialstrukturellen Veränderungen für Teile

5 Vgl. Anne Tittor, Soziale Kämpfe gegen Privatisierung in Lateinamerika, in: Dieter Boris, Stefan Schmalz und Anne Tittor (Hg.), Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg 2005, S. 40-68.

6 Vgl. Daniel Chavez und Benjamin Goldfrank (Hg.), *The Left in the city. Participatory local governments in Latin America*, London 2004; Tim Campbell, *The quiet revolution. Decentralization and the rise of the political participation in Latin American cities*, Pittsburgh 2003.

7 Vgl. Jorge G. Castañeda, *Latin America's Left Turn*, in: „Foreign Affairs“, 3/2006, 37 f.

8 Vgl. Matthew R. Cleary, *Explaining the left's resurgence*, in: „Journal of Democracy“, 4/2006, S. 35-49.

der (überwiegend lohnabhängigen) Mittelschichten und deren daraus resultierende politische Neuorientierung. Die Schrumpfung, Pauperisierung und Polarisierung dieser Schicht ist beispielsweise für Argentinien gründlich analysiert worden. Hier sticht die Bedeutung des Bruchs mit der typischen „Mittelschichtsgesellschaft“ hervor, die zuvor die leitenden Werte der Gesellschaft vorgab. Fortschritt, Aufstieg, Kontinuität: All dies wurde als durch Ausbildung, berufliche Qualifikation, Fleiß und Beständigkeit erreichbar angesehen.

Die spätestens in der großen Krise von 2001/02 sozial abgesunkenen Teile der Mittelschichten, die sogenannten neuen Armen, sind eine hybride und heterogene Schicht: Einerseits bleiben sie Teil der Mittelschichten, beispielsweise mit Blick auf langfristig wirksame ökonomisch-kulturelle Aspekte (Bildungsniveau, Familienstruktur). Andererseits stehen sie hinsichtlich des Einkommensniveaus, der Unterbeschäftigung und der fehlenden sozialen Absicherung zunehmend den unteren Schichten nahe.

Die politischen Wendungen der Mittelschichten in Argentinien und anderen Ländern Lateinamerikas unterstreichen das Ausmaß, in dem gerade diese Schicht für die markanten Kurswechsel verantwortlich ist. Weder die Schwächung des herrschenden Teils der Bourgeoisie (bzw. die Veränderungen der Kräfteverhältnisse innerhalb der einzelnen Fraktionen des Kapitals) noch ein Meinungsumschwung innerhalb der Unterschichten liefert hierfür eine ausreichende Begründung. Dies unterstreicht auch Yesko Quiroga in seiner Analyse Boliviens: „Allerdings war es nicht nur die Überzeugung oder das Vertrauen darauf, dass Morales oder der MAS am besten dafür geeignet seien, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen, sondern eher umgekehrt die Enttäuschung über die Resultate des Systems der letzten zehn Jahre, die, verbunden mit einer Abkehr von den radikalsten Positionen, Morales schließlich auch für die städtische Mittelschicht wählbar machte.“<sup>9</sup> Ähnliches gilt beispielsweise auch mit Blick auf Brasilien und Ecuador.

Da die meisten lateinamerikanischen Länder – nach der Schwächeperiode in den Jahren zwischen 2000 und 2002 – seit 2003/04 einen konjunkturellen Höhenflug mit stabilen Wachstumsraten und steigendem Pro-Kopf-Einkommen erleben, ist es schwierig, diesen Erfolg einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser oder jener Regierung zuzurechnen. Sicherlich hat die günstige Konjunktur der Weltwirtschaft, insbesondere die Preishausse für viele Rohstoffgüter, der lateinamerikanischen Wirtschaft einen starken Wachstumsimpuls verliehen. Eine hohe Kontinuität im finanzpolitischen Bereich (Haushaltsüberschüsse, relativ hohes Zinsniveau, Exportförderung etc.) besaß einen positiven Einfluss auf das Wachstum und die Kapitalzufuhr. Aber auch die staatlich beeinflusste Wechselkurspolitik, die in den meisten Fällen keine starke Aufwertung zuließ, sowie gezielte Ausgaben- und Lohnpolitik seitens des Staates (beispielsweise Minimalloohnerhöhungen) haben zur Stabilisierung und Ausweitung der internen Nachfrage beigetragen. Die Politik der Schuldenreduktion im Falle Argentinien, Brasiliens und Uruguays (vorzeitige Rückzahlung von Krediten an den IWF) trug zudem dazu bei, die wirt-

9 Yesko Quiroga, Bolivien. Revolution in der Demokratie? In: „Lateinamerika Analysen“, 2/2006, S. 71-111, hier S. 91.

schaftspolitischen Handlungsspielräume zu erhöhen. Durch eine Fortsetzung der positiven Entwicklung der Handelsbilanzen bzw. der Bilanz der laufenden Posten, eine bedeutende Erhöhung der Devisenreserven sowie die Verringerung und Umstrukturierung der Außenschulden konnte die große Verletzlichkeit der lateinamerikanischen Ökonomien gegenüber internationalen Finanzströmen und externen Schocks deutlich vermindert werden.<sup>10</sup>

### Die neue Politik der Armutsbekämpfung

Gegenüber der wichtigen Rolle der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen die neuen Akzente in der Sozial- und Armutsbekämpfungspolitik zwar als vergleichsweise sekundär eingestuft werden; dennoch waren sie für die Belebung der Binnennachfrage, den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Verringerung der Armut von wachsender Bedeutung. Die Zunahme der Erwerbsquote auf fast 60 Prozent ging in den meisten Ländern mit einem deutlichen Anstieg der formellen Beschäftigung und einer Stagnation des informellen Sektors einher. Allerdings „übersetzte“ sich der lang anhaltende Aufschwung in der Mehrzahl der Länder erst im Jahr 2006 in eine Realloohnerhöhung von über zwei Prozent.<sup>11</sup>

Dieser Prozess lässt sich am Beispiel Brasiliens verdeutlichen. So zeichnet sich die Lula'sche Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht nur durch Kontinuitäten zur neoliberalen Finanzpolitik, sondern auch durch Unterschiede zu dieser aus: „Die Regierung Lula definierte die Rolle des Staates anders und setzte eine aktive und expansive Politik durch, entgegen neoliberaler Vorstellungen und den Forderungen der Unternehmensverbände. Die Arbeitslosenunterstützung und die Beschäftigungsprogramme wurden finanziell und inhaltlich ausgedehnt. Die Regierung blieb ihrer Zielsetzung treu, reduzierte die Informalität und förderte die Entstehung neuer Beschäftigungsverhältnisse im formalen Sektor.“<sup>12</sup> Als Schwerpunkt der Lula'schen Sozialpolitik gilt das mit seinem Regierungsantritt begonnene „Fome zero“-Programm (Null-Hunger-Programm), das eine klare Innovation markiert. Die zentralen „Achsen“ dieses Programms – Nahrungsmittelhilfe/Ernährungsaufklärung, Einkommensverteilung und regionale Entwicklung, Begleitprogramme zur Versorgung mit Elektrizität auf dem Lande, Programme für Behinderte und Alte, Bildungs- und Gesundheitsprogramme, Brunnenbohrinitiativen usw. – haben eine nachhaltige Wirkung gerade für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Gegenwärtig werden rund elf Millionen Haushalte (über 40 Millionen Menschen, also fast ein Viertel der brasilianischen Bevölkerung) von den Programmen erstmals systematisch erfasst. Die sich wechselseitig stimulierenden Elemente der einzelnen Programme haben regionale und wirtschaftspolitische Implikationen, die angesichts der Anlaufschwierigkeiten und vorhandenen

10 Vgl. Comisión Económica para América Latina y el Caribe/CEPAL (Hg.), Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe, Santiago 2006, S. 88.

11 Ebd., S. 73 ff.

12 Matthias Weil, Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Lula in Brasilien. Neoliberale Kontinuität oder Neuanfang? Unveröff. Diplomarbeit in Politikwissenschaft, Universität Marburg 2006, S. 54.

Schwächen häufig übersehen werden. Mit einem Volumen von etwa zwei bis drei Mrd. US-Dollar hat diese Sozialpolitik – begleitet von einer Dynamisierung der Außen- und Binnenwirtschaft – dazu beigetragen, dass die extreme Einkommensungleichheit in Brasilien leicht zurückgegangen und der Anteil der Armen seit 2004 rückläufig ist.

Ähnliche Auswirkungen einer neuen Sozial- und Armutsbekämpfungspolitik sind – trotz unterschiedlicher Modi und Formen der Umsetzung – auch in Venezuela zu konstatieren.<sup>13</sup> Zweifellos hat gerade diese Sozialpolitik Ende 2006 zu den hohen Wahlergebnissen von Lula (fast 62 Prozent im zweiten Wahlgang) und Chávez (63 Prozent) beigetragen.

### **Regionale Integration statt neoliberaler Konkurrenz**

Die Mitte-links-Regierungen in Lateinamerika zeichnen sich darüber hinaus auch durch neue außenpolitische und außenwirtschaftliche Akzentsetzungen sowie regionale Integrationsprojekte aus. Dabei standen bislang die erfolgreiche Abwehr einer kontinentalen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTAA, Spanisch: ALCA) sowie die Ablehnung bilateraler Freihandelsabkommen mit den USA im Vordergrund.

Der Mercosur befindet sich derzeit in einem Transformationsprozess, der durch wachsende interne Streitigkeiten zwischen einzelnen Mitgliedsländern, die Neuaufnahme Venezuelas und die Diskussion um eine Neuausrichtung gekennzeichnet ist. Die Andengemeinschaft bzw. der Andenpakt (Cooperación Andina) ist durch Perus und Kolumbiens Abschluss bilateraler Handelsabkommen mit den USA massiv gestört; Venezuela ist bereits aus diesem Bündnis ausgetreten, und möglicherweise folgen bald Ecuador und Bolivien. Noch ist fraglich, ob und inwieweit sich die auf die gesamte Region bezogenen neuen Projekte – wie beispielsweise das Gas- und Erdölprojekt zwischen Venezuela, Brasilien, Argentinien und Bolivien – weiterentwickeln werden.

Dies gilt auch für die „Alternativa Bolivariana para América Latina y Caribe“ (ALBA, Bolivarianische Alternative für die Völker Lateinamerikas und der Karibik). Diese „Alternative“ basiert auf der Schaffung von Kooperationsmechanismen, die einen Ausgleich der Asymmetrien zwischen Ländern und Regionen herbeiführen sollen, um so einen Konsens zu bilden und Integrationsabkommen aus der Perspektive der endogenen nationalen und regionalen Entwicklung neu zu denken. ALBA fördert die Kooperation zwischen staatlichen Firmen nicht nur bei Infrastruktur- und Energieprojekten, sondern auch in den Bereichen Gesundheit, Tourismus und Telekommunikation. Im Jahr 2005 wurde so der zwischenstaatliche lateinamerikanische Fernsehsender Telesur gestartet: „Im Sinne der ‚Rückkehr zur lateinamerikanischen Identität‘ will Telesur ausdrücklich Konkurrenz zu US-amerikanischen, europäischen und nationalen Privatsendern machen. Er soll mittels unabhängigen audiovisuellen Produktionen einen alternativen Raum öffnen sowie Medien-

13 Vgl. Dario Azzellini, *Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts*, Köln 2006, S. 129 f.

genossenschaftlichen und Mikrofirmen fördern. Vor allem soll der Sender den Lateinamerikanern ihre eigene Realität zeigen und konsequent alternative Nachrichten anbieten.“<sup>14</sup> Veränderungen sind nicht nur auf dem Feld der lateinamerikanischen Kooperationsabkommen und Integrationsprojekte, sondern auch hinsichtlich der bilateralen Zusammenarbeit mit Staaten außerhalb Lateinamerikas (wie China, Indien oder Ländern aus dem arabischen und afrikanischen Raum) festzustellen. Noch ist es allerdings zu früh, deren Rückwirkungen auf die ökonomischen und politischen Perspektiven der neuen Mitte-links-Regierungen abzuschätzen. Immerhin zeigt sich bereits jetzt, dass die verstärkten Suchprozesse und die gesteigerte Experimentierfreudigkeit eine klare Absage an den bisher dominanten neoliberalen Imperativ („There is no alternative“) beinhalten.

### Die Zukunft der Mitte-links-Regierungen

Zweifellos wird die Zukunft der ökonomischen und sozialen Strukturen mittel- und langfristig von entscheidender Bedeutung für die Erfolgsaussichten der neuen Mitte-links-Regierungen sein. Denn der ressourcenbasierte Boom, der sich seit 2003 vollzieht, birgt ebenso viele Fallstricke wie die neoliberale Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung. Da die meisten lateinamerikanischen Länder weder im Niedrigpreissegment standardisierter Massenprodukte noch in den technologisch anspruchsvollen Marktsegmenten erfolgreich konkurrieren können, ist man einerseits auf eine selektive Weltmarktintegration und andererseits auf verstärkte regionale Binnenmarktorientierung angewiesen.<sup>15</sup>

Die bisherigen Zwischenergebnisse der Mitte-links-Regierungen dürfen aber nicht nur nach ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik beurteilt werden. Nicht minder große Aufgaben stehen auf der Ebene der institutionellen Reformen, der Erhöhung der Partizipationsmöglichkeiten großer Bevölkerungsteile und der Etablierung einer demokratischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft an. Dabei stellt gerade der Aufschwung indigener Bewegungen die erforderliche „Neugründung von Gesellschaft“ (kulturelle Selbstbestimmung, neues nationales Selbstverständnis usw.) vor große Herausforderungen.

Es ist daher kein Zufall, dass in einigen Ländern über den Weg der Einberufung „Verfassungsgebender Versammlungen“ Grundlagen für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ gelegt werden sollen (in Venezuela schon 1999/2000, in Bolivien seit 2006, in Ecuador und anderen Ländern vielleicht in naher Zukunft). In manchen Ländern (wie Argentinien und Uruguay) spielt die intensive Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen während der Periode der Militärdiktaturen möglicherweise eine funktional ähnliche, wenn auch nicht ganz so bedeutende Rolle.

14 Ana García, Es gibt Alternativen zur ALCA. ALBA und warum der ALCA-Prozess gestoppt wurde, in: „Prokla“, 1/2006, S. 81-94, hier S. 91.

15 Vgl. Hartmut Sangmeister und Amaranta Melchor del Río, Lateinamerika in der neuen internationalen Arbeitsteilung. Chancen und Risiken, in: „Lateinamerika Analysen“, 2/2006, S. 169-192, hier S. 187.

Das Fortdauern der lateinamerikanischen „Linkswende“ wird letztendlich nicht nur stark von der Weltmarktentwicklung abhängen. Von großer Bedeutung ist auch, ob bzw. wann und in welcher Weise sich die USA wieder verstärkt Lateinamerika „zuwenden“ können. Unter den gegebenen Bedingungen spricht mittelfristig einiges dafür, dass sich die Mitte-links-Regierungen dauerhaft etablieren und sogar noch ausbreiten könnten. Die Misserfolge des Neoliberalismus und die anhaltenden Erwartungen großer Bevölkerungsteile auf Abbau von Ungleichheit und Armut sowie verstärkte politische Partizipation bestätigen dies.

Dabei sollte vor allem die jüngere Entwicklung in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Indem die argentinische und venezolanische Regierung die Kontrolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Kreditvergabe brachen, gestalteten sie nicht nur ihre eigenen Länder, sondern auch die gesamte Region um: „Für Argentinien, Bolivien, Ecuador und andere Länder bietet Venezuela heute Kredite ohne wirtschaftspolitische Bedingungen. Die Auflösung des IWF-Kreditkartells ist die wichtigste Veränderung im internationalen Finanzsystem seit dem Zusammenbruch des ‚Bretton-Woods-Systems‘ fester Wechselkurse im Jahre 1973. Nun können auch arme Länder wie Bolivien Millionen von Dollar zusätzlicher Einnahmen aus Rohstoffen wie Erdgas ziehen – und sie dazu benutzen, ihre eigenen Vorschläge für die Armen der Region in die Tat umzusetzen. [...] Lateinamerika hat ganz klar einen Kurswechsel zu einer neuen Wirtschaftspolitik vollzogen – wie es scheint mit überwiegend positiven Ergebnissen.“<sup>16</sup>

Die lateinamerikanische Abkehr von der neoliberalen Politik bildet somit eine neue Ausgangsbasis für linke Strömungen, soziale Bewegungen, Parteien und Intellektuelle. Dabei tragen die Mitte-links-Regierungen zu einer – begrenzten – Erweiterung der Handlungsspielräume bei. Die Zukunft des Subkontinents wird davon abhängen, ob die politischen Akteure diese verbesserten Bedingungen tatsächlich nutzen oder durch andauernde Fraktionskämpfe aufs Spiel setzen werden.

16 Mark Weisbrot, Millionen für die Armen, in: „die tageszeitung“, 28.12.2006; vgl. auch Dario Azzellini, Venezuela und das „Neue Lateinamerika“, in: „Blätter“ 3/2006, S. 317-323.